



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

I-III/2023 • # 1087



Waffen

Der Einsatz von Atombomben wird durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine wieder denkbar. Dabei stand die Weltuntergangs-Uhr schon vor dem Konflikt auf 100 Sekunden vor zwölf!

Kraftwerke

Strom und Gas sind knapp und teuer, der Einsatz fossiler Energieträger belastet zudem das Klima immer weiter. Brauchen wir auch nach dem April den Einsatz von Atomkraftwerken?

Proteste

Friedensinitiativen in Europa und den USA demonstrieren gegen ein neues Wettrennen, hierzulande kämpfen Aktivist:innen gegen eine Laufzeitverlängerung.

Die junge Generation muss gegen die Überheblichkeit der 68er ankämpfen. Sie macht das gut, aber da sind sehr dicke Bretter zu bohren.

Herbert Grönemeyer

in Kurt Krömers
Podcast „Feelings“



Foto Cover: Nicolas Raymond, Kelly Michals; Foto S. 2: Marco Maas, Foto S. 3: PubliXviewing

Impressum

45. Jahrgang
Ausgabe 1087
Januar, Februar, März 2023

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Papier: Recycling-Premiumweiß, FSC-Recycled
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Martin Donat ist Vorsitzender
der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Sind wir eigentlich noch zu retten? Wir stimmen sicherlich darin überein, dass der größte anzunehmende Unfall der Menschheit (nach einem Meteor-Impact) wohl der nukleare Overkill wäre. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ hatten wir im Angesicht der Gräueltaten gefordert. Beides ist nun nach Europa zurückgekehrt. Nationalisten und Autokraten kennen offenbar kein Grauen. Nur Gier.

Apropos Gier: Unmittelbar unter diesen apokalyptischen Reitern lagert in der Büchse der Pandora das klimatische Weltende, das wir uns durch unseren eigenen Konsum und unsere maßlose Lebensweise selber beschern. Die „letzte Generation“ zu sein, ist kein Promotion-Gag von Öko-Spinnern, sondern eine wissenschaftlich-rational begründete Tatsache; zumindest die letzte Generation, die am Aussterben der Menschheit und damit einhergehenden entsetzlichen Leiden noch etwas ändern könnte. Man muss die Aktionsformen nicht mögen und man kann sicherlich in Frage stellen, ob sich auf diese Weise die breiten Massen begeistern lassen. Aber die Anliegen der „last generation“ können nur Fatalisten und Defätisten in Zweifel ziehen.

Hans-Werner Sinn dagegen, der einflussreiche ehemalige Präsident des in München ansässigen Vereins IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, ein Verfechter ungebremsten Wirtschaftswachstums und einst prominenter Vordenker der „Agenda 2010“, der sich wegen seiner kruden Thesen zur Einwanderungspolitik schon mehrfach von AfD und Pegida abgrenzen musste und mit fehlerhaften Gutachten auch den Diesel gegen die E-Mobilität in Stellung bringen wollte, hat nun im Ruhestand ein neues Steckenpferd gefunden. Zum Jahreswechsel attestierte er den Grünen, die wahren Kosten der Energiewende zu verschleiern und propagierte die Rückkehr zur Atomkraft. Orchestriert wurde dieser Rückgriff in das vorige Jahrtausend vom Verkehrsminister Wissing, der zukünftig neoliberale SUV mit Nuklearstrom betreiben möchte, sowie den Wahlverlierern Merz und Söder, die beim Neujahrsfrühstück in München gleich über ein „Blackout-Risiko“ grüner Energiepolitik schwadronieren.

Zurück zu den Fakten: Ex IFO-Chef Sinn verschleiern selbst nicht nur die wahren Kosten der Atomkraft,

sondern auch die Kosten der von seiner Wirtschaftspolitik verursachten Klimakatastrophe. Selbst wenn man völlig fahrlässig die Beschaffung von Uran aus Russland, die lange ausstehenden Sicherheitsüberprüfungen der AKW und die ungeklärte ewige Endlagerung außer Acht ließe, sollte uns doch allen klar sein, dass ein Super-GAU in Mitteleuropa sich realistisch nicht versichern lässt. Selbst die wohlwollendsten Stimmen billigen Atomkraft jedoch nur einen (möglichen...) Einfluss auf den Strompreis von vier Prozent zu – angesichts der derzeitigen Energiepreisschwankungen und der Inflation ein geradezu lächerlicher Anteil. Die Klimafolgen dagegen lassen sich zunehmend realistischer abschätzen und bewegen derzeit aus gutem Grund die gesamte internationale Staatengemeinschaft.

Dabei wäre die Antwort einer „Postwachstumsökonomie“ eigentlich bestechend einfach: nur eine Tonne CO₂-Äquivalente dürfte jeder der acht Milliarden Erdenmenschen pro Jahr für seinen Wohlstand verbrauchen (Zum Vergleich: ein Flug von München nach New York und zurück verbraucht bereits vier Tonnen CO₂). Wer dann noch mehr verbraucht, müsste den Hungernden und Ertrinkenden dieser Erde erklären, mit welchem Recht er ihr Kontingent für seinen Luxuskonsum verzehrt.

Mit diesen natürlichen Grenzen des Wachstums wäre aber keineswegs der Wohlstand der Menschen am Ende!

Vielmehr sind wir aufgerufen, unseren Wohlstand und unsere Technologie ganz neu zu erfinden. Technischen Wirtschaftskreisläufen („cradle-to-cradle“), erneuerbaren Energien, Dezentralität und Energieautonomie, sowie neuen Wohn- und Arbeitsmodellen gehört die Zukunft, denn sonst wäre es keine.

Die alten Herren haben also abgewirtschaftet. Sie haben uns mit ihrem Wohlstandswahn an den Rand des Untergangs geführt und dabei doch weltweit immer nur eine kleine Elite mit ihren Segnungen versorgt. Und sie haben auch lange genug die Stromnetze mit ihrem Nuklearstrom verstopft und die Entwicklung einer lebenswerten Perspektive ausgebremst.

Das Zeitalter der Hochtemperatur-Technologie geht zu Ende. Denn andernfalls wäre es das letzte gewesen.

Begonnen hatte es im letzten Sommer und kulminiert ist es erst kurz vor Jahresschluss: Das Gezerre um die Laufzeitverlängerung der verbliebenen drei Atomkraftwerke Emsland, Neckarwestheim und Isar 2 nahm seinen Lauf, erst das Basta des Bundeskanzlers setzte dem Mitte Oktober ein Ende. Nun sollen die Atomkraftwerke bis zum 15. April weiterlaufen, nicht als Notreserve, sondern im sogenannten Streckbetrieb, bis die Brennelemente ausgelutscht sind. Ist damit auch der Drops gelutscht? Aus der FDP war noch im Herbst zu hören, man würde nun die Füße stillhalten.

Doch dann kam, was kommen musste: FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner erklärte seine Bereitschaft, einem Tempolimit auf deutschen Autobahnen unter bestimmten Auflagen zuzustimmen. „Ich wäre sofort bereit, zu sagen: Wir machen in Deutschland ein Tempolimit, wenn die Kernkraftwerke länger laufen“, sagte der FDP-Chef in dem Podcast *Lage der Nation* Mitte November. Das gehört offensichtlich zu den Planspielen der Politik, mit dem Strommarkt hat es dagegen nichts mehr zu tun, auch wenn ein Tempolimit natürlich gut für's

Klima wäre.

Stillhalten tut Christian Lindner spätestens seit Jahresbeginn nicht mehr: In schönster Salami-Taktik und im Schulterschluss mit Markus Söder von der CSU plädiert er seitdem offen für eine Laufzeitverlängerung bis mindesten 2026 – auch und gerade zum Zeichen der Solidarität mit den europäischen Nachbarländern.

Gemeint ist mit dieser allgemeinen Umschreibung vor allem Frankreich. Das Land kämpft – anders als Deutschland – seit Jahren

mit Versorgungsproblemen beim Strom. Und das nicht etwa, weil es keine oder zu wenige Atomkraftwerke betreibt, sondern, im Gegenteil, weil es in der Vergangenheit und bis zum heutigen Tag fast ausschließlich auf die teure und störanfällige Kernenergie setzt. Die Kraftwerksbetreiberin EDF hat deshalb schon Mitte November die ohnehin ständig nach unten geschraubten Prognosen für die Atomstromproduktion erneut weiter heruntergesetzt. Hatte

Das groß



sie zuletzt noch geschätzt, dass es 2022 zwischen 280 und 300 Terawattstunden (TWh) werden sollen, werden es im letzten Jahr wohl nur 275 bis 285 TWh gewesen sein. Damit ist absehbar, dass es nicht beim Rekordverlust von bisher geplanten 32 Milliarden Euro für die EDF bleiben wird. Letztlich wird der Fehlbetrag, wenn auch über Umwege, beim Steuerzahler hängen bleiben, da der zweit-

größte Stromproduzent weltweit nun wegen der Milliardenlöcher an allen Ecken und Enden wieder vollständig verstaatlicht werden muss. In Frankreich wird also weiterhin das Märchen vom angeblich billigen Atomstrom über die Geldspritzen aus der Steuerkasse aufrechterhalten. Ein Märchen, das in Deutschland nun auch Lindner und Söder wieder zu erzählen beginnen. Dabei reißen die schlechten Nachrichten um die Stromversorgung und realen Blackout-Gefahren für die französische Re-

gierung nicht ab. Eine davon war im November die Entdeckung eines radioaktiven Lecks im Primärkühlkreislauf während der periodischen Sicherheitsüberprüfung im Atomkraftwerk Civaux. Dieser „AKW-TÜV“ ist alle zehn Jahre vorgeschrieben – auch in Deutschland. In Civaux wurde damit Anfang August begonnen.

Dabei handelt es sich um genau die Prüfung, die für die drei deutschen Meiler, die jetzt bis April im Streckbetrieb laufen, seit drei Jahren überfällig ist und nur ausgesetzt wurde, weil der Atomausstieg eigentlich hätte zum Jahresende 2022 vollzogen sein sollen. Im November hatte die Ampel-Regierung aber im Eilverfahren im Bundestag eine Novelle des Atomgesetzes beschlossen, um den Streckbetrieb trotz fehlender Sicherheitsprüfungen zu erlauben und damit die Überziehung der Fälligkeit abermals zu verlängern. Dabei ist bekannt, dass auch in den noch laufen-

3e Gezerre!





Fast die Hälfte seines Stroms produziert Deutschland erneuerbar

den deutschen AKW viele Risse zu finden sind. So bekommt der Ausdruck vom „Russischen Roulette“ plötzlich eine ganz neue Bedeutung.

Die Atommeiler in Lingen und Neckarwestheim weisen zum Beispiel gefährliche Spannungsrisskorrosion an den Rohren der Dampferzeuger auf. Das gleiche Schadensmuster wird im AKW Isar vermutet. Klar ist aber vor allem, dass die drei Altmeiler für die Stromversorgung in Deutschland unnötig sind. Sie dienen vielmehr dazu, den Blackout in Frankreich angesichts der Atomsackgasse zu verhindern, in die sich unser Nachbarland verrannt hat.

► Alles für die Bombe?

Wie Frankreich in diese selbst verschuldete Atomkrise rutschen konnte, wird deutlich, wenn man den französischen zivil-militärischen Atomindustriekomplex betrachtet. Infrastrukturen und Investitionen werden doppelt genutzt: zivil und militärisch. Sie sind auf eine langfristige Weiterentwicklung ausgerichtet, um die Infrastruktur für die Produktion von Atomwaffen und U-Booten mit atomarem Antrieb zu sichern. Bereits vor Beginn des Ukraine-Kriegs hatte der französische Präsident Macron der EU das Angebot gemacht, mit ihr über gemeinsame Atomwaffen zu reden. Die französische nukleare Abschreckung sei ein Weg, europä-

ische Interessen zu schützen.

Seit Beginn des Ukraine-Krieges scheint dieses Interesse an einer doppelten Nutzung der Atomenergie auch in Deutschland zu wachsen. So begannen hochrangige Vertreter in der CDU für europäische Atomwaffen zu plädieren: Im Mai letzten Jahres nahm der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/ CSU-Fraktion, Torssten Frei, die von Macron angestoßene Debatte in einem Gastbeitrag in der FAZ auf. Der Titel: „In der Krise das Udenkbare denken: Europa braucht eine eigene atomare Abschreckungsstreitmacht.“ Frei plädierte darin für eine Europäisierung der französischen Atommacht. Auch CDU-Chef Friedrich Merz griff das Angebot von Präsident Macron auf: Angesichts der Weltlage sähe er in einer gemeinsamen europäischen „nuklearen Kapazität unsere Lebensversicherung“. Es dürfe da keine Tabus mehr geben.

Und schließlich äußerte sich der CDU-Politiker und ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, er halte eine nukleare Abschreckung auf europäischer Ebene für unverzichtbar. Die europäische Verteidigungskapazität sei ohne die nukleare Dimension nicht denkbar.

Vor diesem Hintergrund klingen die Begründungen sowohl für den bis Mitte April befristeten Streckbetrieb wie für die von CSU, FDP, AFD und Atomlobby geforderte

Laufzeitverlängerung der deutschen AKW noch fadenscheiniger, faktisch falsch sind sie ohnehin.

► Genügend Strom

Längst ist erwiesen, dass die Energieversorgung in Deutschland auch ohne Atomkraftwerke gesichert ist. Es gibt genügend Strom, genügend Kraftwerke und genügend Leitungen. Das viel zitierte angebliche Problem mit der Netzstabilität kann nur auftreten, wenn sehr viel Strom im Angebot ist und deshalb mehr Strom ins Ausland verkauft – und bisweilen gar verschenkt! – wird, als Leitungen für den Transport dorthin vorhanden sind. Es würde sich in Luft auflösen, wenn man den Stromverkauf ins Ausland auf die physikalisch auch transportierbaren Mengen begrenzen würde. Ein Blick in den Stresstest zeigt: Die kritischen Situationen für das Stromnetz, vor denen die Netzbetreiber warnen, sind solche, in denen zu viel Strom im Angebot ist. Am Markt wird dann mehr Strom ins Ausland verkauft, als Leitungen vorhanden sind. Will die Regierung die Netzstabilität erhöhen, muss sie den Stromexport ins Ausland auf die physikalisch transportierbaren Mengen beschränken. Möglichkeiten dazu beschreibt zum Beispiel die EU-Elektrizitätsbinnenmarktverordnung.

Selbst im Jahr 2021, also vor der Invasion Russlands in der Ukraine, lieferten die drei noch laufenden Reaktoren nur etwa sechs Prozent des deutschen Strombedarfs von damals 504,5 Terrawattstunden (TWh), so das Bundeswirtschaftsministerium. Im Kriegsjahr 2022 sank der Verbrauch um vier Prozent auf 484,2 TWh. Gleichzeitig stieg die Nettostromerzeugung um rund ein halbes Prozent auf 506,8 TWh.

► Deutschland exportiert Strom

Es gab also in den letzten Jahren niemals Bedarf, Strom aus dem Ausland nach Deutschland zu importieren. Wenn Import und Export übers Jahr doch immer wieder geschehen – tage- oder stundenweise –, dann liegen diesen Vorgängen aus deutscher Sicht marktregulatorische Verschiebungen zugrunde und nicht etwa Versorgungsengpässe oder gar drohende Blackouts. Anders als im Atomland Frankreich gibt es hierzulande

keinen Strommangel. Im Gegenteil: Die überschüssige Produktion wird schon jetzt regelmäßig ins Ausland verkauft.

Seit Beginn des letzten Jahres wird bis auf wenige Ausnahmen täglich Strom aus Deutschland nach Frankreich in einer Größenordnung von bis zu über 100 Gigawattstunden (GWh) exportiert. Ein konventionelles oder nukleares Großkraftwerk erzeugt rund 20 bis knapp 30 GWh pro Tag. Die deutschen Atomkraftwerke (und mindestens ein weiteres Kraftwerk) laufen also rechnerisch nur für den Export und stützen so die verfehlte Atomenergiepolitik Frankreichs, die trotz der offensichtlichen Probleme mit den Reaktoren weiterhin auf Atomkraft statt auf Erneuerbare Energie setzt.

► Immer mehr Erneuerbare

Welch eine Ignoranz des erfolgreichen Wegs der Energiewende in Deutschland: Der Anteil des aus Erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Verbrauch lag 2022 bei 48,3 Prozent und damit erneut rund sechs Prozent über dem des Vorjahrs.

Insgesamt lag 2022 die Stromgewinnung aus regenerativen Quellen mit 233,9 TWh rund 8,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Onshore-Windstromerzeugung war mit 100,5 TWh etwa 12,4 Prozent höher als 2021. Die Erzeugung aus Offshore-Windanlagen lag mit 24,7 TWh um 2,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Auch die Photovoltaikeinspeisung war höher: 2021 wurden 46,6 TWh eingespeist, im vergangenen Jahr waren es 55,3 TWh. Dies entspricht einem Plus von 18,7 Prozent.

Die Erzeugung aus konventionellen Energieträgern betrug insgesamt 272,9 TWh. Im Vergleich zu 2021

sank sie um 5,7 Prozent. Während die Stromerträge aus Atomkraft deutlich zurückgingen, stieg die Erzeugung aus Braunkohle um 5,4 Prozent und die aus Steinkohle um 21,4 Prozent. Kohlekraftwerke wurden verstärkt eingesetzt, um die Erdgasreserven zu schonen. Gut möglich, dass hier übers Ziel hinausgeschossen wird: Selbst temperaturbereinigt lag der Verbrauch von Gas in den letzten beiden Wochen des vergangenen Jahres gut 20 Prozent unter dem Referenzwert der letzten vier Jahre.

► Raus aus Fossilen und Atom

Es ist wohl nicht übertrieben: Deutschland hat genug Strom, und der Anteil an grünem Strom steigt kontinuierlich an. Er sollte jetzt genutzt werden, um einerseits die Abhängigkeit von Rohstoffen aus autokratischen Ländern und andererseits den Einsatz fossiler Energieträger schnellstmöglich bis auf null zu reduzieren. Eine Unterstützung Frankreichs mag kurzfristig ein Akt der Solidarität unter Freunden sein. Auf lange Sicht aber konterkariert er Deutschlands auch nicht eben einfachen Weg der Energiewende.

Es sein denn – siehe oben –, dass hinter dem sogenannten Streckbetrieb bis April das Kalkül steht, die deutschen AKW aus Interesse an einer Zusammenarbeit mit Frankreich im militärischen Bereich auch darüber hinaus am Netz zu halten.



BI-Sprecher Wolfgang Ehmke

Im Gespräch mit dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Harald Ebner, das die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) im Bundestag Ende November geführt hatte, warnte dieser, es vergehe keine Rede des CDU-Chefs Merz, in der nicht der Weiterbetrieb der drei Atomkraftwerke gefordert wird: als angeblicher Beitrag zur Versorgungssicherheit und als Strompreisbremse. Umweltverbände und Anti-AKW-Initiativen seien deshalb gut beraten, mit Beginn des neuen Jahres Flagge zu zeigen.

Der Nachweis, dass die drei Atomkraftwerke keinen Beitrag zur Energiekrise oder zur Absenkung der Strompreise leisten, steht oben an. Erst dann wird in der öffentlichen Debatte Raum sein, auf die Atomrisiken und die unge löste Atommüllproblematik einzugehen.

Der Journalist Detlef zum Winkel meint: „Der Schwachpunkt in der Regierung scheint mir nicht nur bei der FDP zu liegen, sondern auch bei Olaf Scholz. Der angebliche Klimakanzler hat bei seinen Äußerungen anlässlich der letzten Änderung des Atomgesetzes erkennen lassen, dass er fest entschlossen ist, gegebenenfalls jede vorhandene Energiequelle zu nutzen – und das bezog sich nicht nur auf diesen Winter. Scholz sieht die Verfügbarkeit von AKWs eben doch als Vorteil an, auf den man nur verzichtet, wenn man es sich leisten kann. Seine Anwendung der Richtlinienkompetenz zeigt auch auf, wie er es machen könnte.“

Mitarbeit

Andreas Conradt, Wolfgang Ehmke
Ute Rippel-Lau, Ursula Schönberger
Armin Simon, Ralf Streck

Quellen

Bundesnetzagentur
Bundwirtschaftsministerium
Atommüllreport
anti atom aktuell



Ökostrom: Warum so teuer?

Leser:innen dieses Blattes dürften mit großer Mehrheit längst auf den Bezug von reinem Ökostrom umgestellt haben. Da nimmt es Wunder, dass trotzdem saftige Strompreiserhöhungen ins Haus flattern, wo doch allenthalben berichtet wird, dass Strom aus erneuerbaren Energien so günstig produziert wird wie sonst mit keiner anderen Art der Erzeugung. Warum also die Preiserhöhungen? Von Andreas Conradt

Die aktuell hohen Strompreise sind nicht auf eine generelle Mangellage oder gar eine zu geringe Anzahl von Atomkraftwerken zurückzuführen, sondern auf einen Marktmechanismus, der bis zum Beginn des Ukrainekrieges und der dadurch ausgelösten Energiekrise kaum bekannt war: In Deutschland wird der Strompreis an der Strombörse über die sogenannte Merit Order gebildet (englisch für Reihenfolge der Vorteilhaftigkeit). Damit soll ein einheitlicher Strompreis erzielt werden, egal in welcher Art Kraftwerk der Strom produziert wird. Mit der Merit Order wird in der Energiewirtschaft die Einsatzreihenfolge der stromproduzierenden Kraftwerke bezeichnet.

Diese Reihenfolge wird durch die Grenzkosten der Stromerzeugung der jeweiligen Kraftwerke bestimmt, also diejenigen Kosten, die bei einem Kraftwerk für jede weitere produzierte Megawattstunde anfallen. In der Logik der Merit Order dürfen diejenigen Kraftwerke zuerst ihren Strom einspeisen, die am kostengünstigsten produzieren können. Erst bei höherem Strombedarf werden nach und nach weitere, teurer produzierende Kraft-

werke für die Einspeisung zugeschaltet, bis der aktuelle Bedarf gedeckt ist. Der Strompreis wird also durch das letzte Kraftwerk bestimmt, das gerade noch gebraucht wird, um den Bedarf zu decken. Das sogenannte Grenzkraftwerk. Teure Anbieter können also auch leer ausgehen.

Durch das Prinzip der Merit Order bezieht sich der Einheitspreis also auf die teuerste Art der Erzeugung, und das Grenzkraftwerk bestimmt den Börsenpreis, den alle eingesetzten Kraftwerke für ihren eingespeisten Strom erhalten. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien in den letzten Jahren hat sich die Anzahl an Kraftwerken erhöht, die geringe Grenzkosten haben. Dadurch hat sich auch die Reihenfolge der zur Stromerzeugung eingesetzten Kraftwerke geändert. Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien ist hier kontinuierlich gestiegen.

Erneuerbare Energiequellen sind allerdings äußerst volatil, so dass je nach Wetter, zum Beispiel bei wenig Sonne oder wenig Wind, eine Ergänzung herangezogen werden muss, um den Verbrauch decken zu können. Diese Ergänzung bilden in der Regel Gaskraftwerke, weil sie, anders als AKW, flexibel und schnell steuerbar sind. Gaskraftwerke werden also als Er-

gänzung zur Deckung des gesamten Strombedarfs herangezogen. Da das letzte Kraftwerk in der Merit-Order-Liste meist ein Gaskraftwerk ist und somit als Grenzkraftwerk den Preis bestimmt, machen sich die hohen Gaspreise auch auf dem Strommarkt bemerkbar.

Ein Zubau von Atomkraftwerken oder eine Laufzeitverlängerung würde an der Notwendigkeit, die flexibel und schnell regelbaren Gaskraftwerke zur Abfederung von zum Beispiel Dunkelflauten der Erneuerbaren einsetzen zu müssen, nichts ändern. Stattdessen würde der Zubau von regenerativen Kraftwerken weiter behindert werden, weil die Netze mit dem Überschuss an Atomstrom verstopft würden. So würde in der Folge weniger in grünen Strom investiert und die billigste Art der Stromproduktion mittel- und langfristig sogar behindert werden.

Statt Milliarden in eine veraltete, langsame und unflexible Form der Energiegewinnung zu stecken, wäre Deutschland also gut beraten, die erneuerbare Energie zügiger als bisher auszubauen und in Stromspeichertechnologie und ein noch flexibleres europäisches Stromnetz zu investieren.

Quellen
Tengelmann Energie

Atomstrom: So behindert er Erneuerbare

Die französischen Pläne einer Laufzeitverlängerung könnten auch mehr Einspeisemanagement in Deutschland bedeuten, sagt ein neues Kurzgutachten. Von Andreas Conradt

Erneuerbare und Atomenergie seien doch zwei Partner, die gut zusammenpassen, heißt es neuerdings oft. Dem widerspricht eine aktuelle Kurzstudie des Analyseinstituts *Energy Brainpool*. Verlängerte Laufzeiten von Atomkraftwerken führen dazu, dass deutlich häufiger erneuerbare-Energien-Anlagen in der EU abgeschaltet werden und so erhebliche Ökostrommengen verloren gehen.

Allein durch die aktuell diskutierten Laufzeitverlängerungen für französische AKWs würden im Jahr 2030 in Frankreich, Spanien und Deutschland mehr als zwei Milliarden Kilowattstunden sauberer Ökostrom aus dem Netz gedrängt, besagt das Gutachten. Mit der Strommenge könnten 617 000 Durchschnittshaushalte ein Jahr lang versorgt werden. „Länger laufende Atommeiler sind schädliche Bremsklötze für die Energiewende, weil sie durch ihre träge Produktionsweise die Einspeisung von Ökostrom blockieren“, sagt Sönke Tangermann, Vorstand bei Green Planet Energy, das die Studie in Auftrag gegeben hat.

Die Untersuchung von Energy Brainpool fokussiert auf eine Laufzeitverlängerung bestehender französischer Meiler auf

über 50 Jahre, wie sie Paris aktuell prüft. Dieser längere Weiterbetrieb würde dazu führen, dass bis 2030 zusätzliche rund 19 Gigawatt AKW-Leistung in Frankreich Strom produzieren.

In Zeiten hoher Einspeisung erneuerbarer Energien können die nationalen und europäischen Stromnetze diese Stromproduktion aber nicht aufnehmen, ohne überlastet zu werden. Die Netzbetreiber müssen dann Anlagen vorübergehend abregeln. Weil ältere Atomkraftwerke ihre Stromproduktion kurzfristig – vorrangig aus Kostengründen – nur auf rund 80 Prozent der installierten Leistung reduzierten, träfen diese Abregelungen in der Regel die flexibleren Wind- oder Solarkraftwerke, die ihren Ökostrom dann nicht mehr einspeisen können, so das Gutachten.

Energy Brainpool hat berechnet, dass allein durch einen längeren Weiterbetrieb der französischen Atomreaktoren im Beispieljahr 2030 die abgeregelten Ökostrommengen um rund 12 Prozent oder um 2160 Gigawattstunden (GWh) anwachsen würden, selbst wenn Speichermöglichkeiten ausgebaut werden. Ein Ökostrom-Verlust von 781 GWh entfällt dabei auf Frankreich selbst. Doch auch die Nachbarländer Spanien (780

GWh) und Deutschland (586 GWh) wären massiv von den Abregelungen betroffen.

„Wenn neben Frankreich noch weitere EU-Staaten Laufzeiten für alte Atommeiler verlängern, wäre der Schaden durch ungenutzte Ökostrommengen – die durch nationale Fördersysteme wie das EEG ja oftmals dennoch vergütet werden – noch weitaus höher“, sagt Tangermann. Belgien etwa hat vor wenigen Wochen beschlossen, den Atomausstieg im Land um zehn Jahre zu verschieben. Auch in Deutschland gibt es immer wieder Forderungen, die letzten drei aktiven Atomkraftwerke über das Ende des geplanten Atomausstieg im April weiter am Netz zu lassen.

„Die in der Studie aufgezeigte massive Vernichtung von wertvollem Ökostrom ist neben der Atommüll-Problematik und dem Störfall-Risiko ein weiterer Beleg dafür, dass Atomkraft niemals ‚nachhaltig‘ sein kann. Sie hilft uns in Europa weder beim Klimaschutz – noch dabei, wirklich unabhängig von fossilen Energie-Importen zu werden“, so Tangermanns Fazit.

Quellen
Energy Brainpool



Atomare Propaganda

Das Militärische und das Nukleare liegen näher beieinander, als man während eines halben Jahrhunderts ziviler Nutzung von Atomkraft in Deutschland geglaubt hat. Jetzt dient Putins Krieg gegen die Ukraine als Argument für ein Comeback der Atomenergie – und als Alibi, „das Udenkbare“ ins Gespräch zu bringen. Eine Dystopie von Detlef zum Winkel

Nur wenige Stunden nach dem russischen Einmarsch forderte Berthold Kohler, einer der Herausgeber der FAZ, die deutsche Energiepolitik müsse sofort überdacht werden. „Können wir in dieser Lage wirklich auch noch die letzten Atomkraftwerke abschalten?“ fragte er, um sich zwei Tage später selbst zu antworten: Die Ampelkoalition werde in der Energiepolitik „ihre Prämissen und Prioritäten ändern“ müssen.

► 180-Grad-Wenden

Garniert mit Umfragen über einen angeblichen Meinungsumschwung in der Bevölkerung geisterte das Thema durch den Medienwald, um bald bei einschlägig bekannten Politikern zu landen. Allen voran platzte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) mit dem Vorschlag heraus, die Atomkraftwerke drei bis fünf Jahre länger zu betreiben, um „billigen Strom zu produzie-

ren, der gleichzeitig auch keine Klimabelastung bringt“.

In der FDP forderten die Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Andreas Pinkwart und Stefan Birkner, ebenfalls eine Verlängerung der Laufzeiten für die verbliebenen drei Kraftwerke. Schließlich erklärten sich auch die politischen Schwergewichte Friedrich Merz (CDU) und Christian Lindner (FDP) in diesem Sinn, wobei es der Finanzminister bei der Forderung nach einer Debatte beließ, weil er einstweilen noch nicht gegen den Koalitionsvertrag verstoßen will. Eine Diskussion zu fordern, die seit mindestens zwei Jahren mit zunehmender Heftigkeit ausgetragen wird, macht wenig Sinn. Gemeint ist, dass sich die Grünen nach ihrer 180-Grad-Wende in der Rüstungspolitik, so die Diktion von Alexander Neubacher im Spiegel, nun auch von ihrem „Ökofimmel“ verabschieden sollen. Die Angesprochenen ver-

suchten den Druck von sich fernzuhalten und werteten die Vorstöße als „Phantomdebatte“.

Gleichwohl haben die Ministerien von Robert Habeck (Wirtschaft) und Steffi Lemke (Umwelt) die Vor- und Nachteile einer Laufzeitverlängerung umgehend geprüft. Sie stellten fest, dass es sich nur um einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems handeln würde, „und dies zu sehr hohen wirtschaftlichen Kosten, verfassungsrechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken“. Einfacher sei es, mehrere Kohlekraftwerke, die eigentlich vom Netz gehen sollten, für Notfälle in Reserve zu halten.

► Rabatt in Fragen nuklearer Sicherheit

Es lohnt sich, die ministeriellen Einwände genauer zu betrachten. Dann erfährt man nämlich, dass seit den letzten großen Sicherheitsprüfungen in den AKW

schon dreizehn Jahre vergangen sind. Eigentlich sind solche umfassenden Wartungen im Zehnjahresrhythmus vorgesehen. 2019 wären sie zuletzt fällig gewesen, aber wegen der bevorstehenden Abschaltung hat man darauf verzichtet.

Diese Enthüllung ist mehr als peinlich. Sie konterkariert die tausendfach gegebene Versicherung, wonach es in Fragen der nuklearen Sicherheit keinen Rabatt geben dürfe. Das gilt ausdrücklich auch für die letzte Phase des Anlagenzyklus. Nun wird jedoch von offizieller Stelle eingeräumt, dass die Betreiber im sogenannten Auslaufbetrieb improvisiert haben, während die Aufsichtsbehörden ihre Pflichten äußerst großzügig interpretierten.

Das nonchalante Verfahren begründet in der Tat juristische Fragen, ob der laufende AKW-Betrieb überhaupt noch rechtlich zulässig ist. Ein penibler Sicherheitscheck würde nämlich mit hoher Wahrscheinlichkeit ähnliche Probleme wie in Frankreich ans Licht bringen; dort weisen die Reaktoren bedenkliche Verschleißerscheinungen an kritischen Rohren auf. Der gesamte französische Nuklearkern muss sukzessive untersucht werden, bei jedem zweiten Reaktor sind teure und zeitraubende Reparaturen erforderlich. Frankreich ist in diesem wie im nächsten Jahr stark auf Stromimporte angewiesen.

Von solchen Aussichten sind die deutschen Energieunternehmen wenig begeistert. Andererseits würden sie sich gern bitten lassen, wenn der Staat dafür zahlt und die richtigen Rahmenbedingungen setzt, man könnte ja wieder mal das Atomgesetz ändern.

► Das Udenkbare

Für einen Teil der Atom-Freunde und für die zahllosen Militär- und Strategieexperten, die derzeit wie Pilze aus dem Boden schie-

ßen, sind die Probleme der Energiewirtschaft ohnehin nur untergeordnete Details. Für sie zählt seit dem 24. Februar nur noch der Krieg und wie er für nationale Interessen genutzt werden kann. Sie wollen ihre nuklearen Obsessionen in die Politik einbringen und nennen sie "das Udenkbare". Obwohl es angeblich nicht gedacht werden kann, weiß Jeder, was damit gemeint ist. Das Udenkbare ist das Codewort für den deutschen Erwerb von Atomwaffen.

Der eingangs erwähnte Kohler koppelte seine Forderung nach einer Revision der Energiepolitik mit dem Aufruf, Europa müsse Atommacht werden. Weil es keine Garantie für den sogenannten Schutzschirm der USA gebe und Frankreichs Arsenal zu schwach sei, müsse sich Deutschland selber mit der nuklearen Frage befassen. Im Spiegel übersetzte Kolumnist Nikolaus Blome die hochfliegenden Pläne in die Sprache des Boulevard. "So darf nicht undenkbar bleiben, dass Deutschland sich atomar bewaffnet." Und: "Ich denke nicht, dass die dunkle Seite der deutschen Geschichte es politisch erzwingt oder moralisch gebietet, für ewig auf Atomwaffen zu verzichten." Dass dieser Verzicht eine Bedingung für die deutsche Vereinigung war und vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl bereitwillig eingegangen wurde, kommt in diesem Diskurs schon gar nicht mehr vor. Blome ist konsequent genug, dann auch den Atomwaffensperrvertrag in Frage zu stellen – passender Weise zu einem Zeitpunkt, wo man den Iran zur Einhaltung desselben bewegen möchte. Das zeugt von politischem Instinkt.

Gern lässt man sich die eigene Meinung von Fachleuten bestätigen, wofür die FAZ (31.5.2022) einen Spezialisten für Geopolitik namens Maximilian Terhalle gefunden hat. Sein Befund lautet, dass die USA Russland nicht

glaubwürdig abschrecken könnten, weil sie ihr ganzes Arsenal für China benötigten. "3750 US-Sprengköpfe müssen alle großen Städte (!) und Militäreinrichtungen Chinas durch eine Zweitschlagoption auslöschen können", und da sei Nordkorea noch nicht berücksichtigt. Also müsse Europa "zwingend" einen vergleichbaren eigenen Nuklearschild errichten, um einen russischen Erstschild abzuschrecken, falls die USA militärisch in Ostasien "vereinnahmt" seien. Offenbar gibt es bei nicht konventionellen Waffen auch unkonventionelle Maßstäbe: China besitzt nach Einschätzung des Pentagon ca. 200 Atombomben. Terhalle will ein Gleichgewicht des Schreckens durch zwanzigfache Überlegenheit herstellen. Der Geostratege hat auch eine Idee, wie der deutsche Beitrag zur europäischen Nuklearmacht aussehen könnte. Berlin solle in Kiel produzierte U-Boote von Israel atomar bestücken lassen, um sie dann im Mittelmeer zu stationieren. "Und zur Stärkung Polens sollte Berlin taktische amerikanische Nuklearwaffen aus dem Fliegerhorst Büchel übereignen." Jeder bekäme, was er will, bei diesem raffinierten Ringtausch, der allerdings ein klassisch antisemitisches Projekt darstellt. Israel kann gar keine Atombomben exportieren, es würde sich also, wenn überhaupt, um amerikanische Waffen handeln. Aber sie sollen natürlich über Jerusalem in deutsche Hände gelangen, ein feines Alibi, das den Akteuren zudem erlauben würde, die Verantwortung für das Böse auf den jüdischen Staat zu schieben. Es wäre ein ganz neuer Schlusstrich unter die deutsche Vergangenheit, einer, bei dem die Nuklearfanatiker laut zum Aufbruch blasen und im Stillen Putin danken würden.



Medienschelte

Warum, fragen amerikanische Friedensaktivist:innen, gibt es mehr Presseberichte über die Nutzung von Atomwaffen als über deren Bann? Ein Bericht von Karl Grossmann

Er ist von entscheidender, ja existentieller Bedeutung für die Welt: der Atomwaffenverbotsvertrag aus dem Jahr 2021. Eigentlich! Denn aktuell kritisiert eine Koalition von Friedensorganisationen in den Vereinigten Staaten die Medien, sie würden den Eindruck erwecken, als ob der Vertrag „nicht existiert“.

Seit letztem Sommer fährt die *Nuclear Ban Treaty Collaborative* eine landesweite Kampagne mit dem Ziel, die Berichterstattung über den Vertrag in der Presse zu fördern. Die 2021 geschlossene Vereinbarung, so argumentiert die Initiative, zeige „den einzigen Weg in eine sichere Zukunft ohne nukleare Bedrohung“ auf. Auch in den Worten der UN ist der Vertrag „ein rechtsverbindliches Instrument zum Verbot von Atomwaffen, das zu deren vollständiger Beseitigung führt“.

Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) wurde Mitte 2017 von der UN-Generalversammlung angenommen – mit 122 zustimmenden Staaten. Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterzeichneten im Sep-

tember 2017 zunächst 53 Staaten. Der Vertrag trat im Januar 2021 in Kraft. Bis zum 26. September 2022 hatten 91 Staaten den Vertrag unterzeichnet, 68 Staaten haben ihn bisher ratifiziert.

Größtes Manko des Vertrags ist, dass seine Bestimmungen nur für Nationen gelten, die ihn unterzeichnet haben. Ausgerechnet Länder mit Atomwaffen – darunter die Vereinigten Staaten, Russland und China – haben dies nicht getan. Stattdessen „haben sie sich bisher geweigert, Treffen boykottiert und sogar Länder unter Druck gesetzt, sich nicht anzumelden“, stellte die *Federation of American Scientists* fest.

► Medienaufmerksamkeit ist wichtig

Die Aufmerksamkeit der Medien ist entscheidend, wenn die Bestimmungen des AVV Realität werden sollen. Doch die *Oak Ridge Environmental Peace Alliance* (OREPA), ein Mitglied der Koalition von Friedensinitiativen, malt in ihrem Juni-Newsletter ein düsteres Bild:

Das letzte Mal, dass die *New York Times* den AVV erwähnte, war im

Oktober 2020, als Honduras als 50. Nation den Vertrag ratifizierte und damit sein Inkrafttreten auslöste. Seither wurde in der gesamten Berichterstattung über Atomwaffen, deren Zahl seit Wladimir Putins Einmarsch in die Ukraine enorm gestiegen ist, der AVV kein einziges Mal erwähnt.

Auch *National Public Radio* (NPR) – eine Kooperation nichtkommerzieller Hörfunksender in den USA – hatte in den letzten Monaten einige bedeutende Beiträge über Atomwaffen auf dem Sender, darunter einen siebenminütigen Bericht kurz nach Beginn des Krieges in der Ukraine. In keinem davon wurde der AVV erwähnt – das letzte Mal, dass NPR über ihn berichtete, war im Januar 2021, als das Inkrafttreten des Vertrags gemeldet und herausgestellt wurde, dass es sich beim AVV um einen bedeutenden Vertrag handelte, der internationales Gesetz werde. Seitdem Ruhe on air.

CNN ist nur minimal besser. Sucheingaben nach „Atomwaffen“ auf der Website des TV-Senders bringen beinahe täglich neue Ergebnisse, doch der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen findet nur eine Erwähnung: einen Kommen-

tar vom 3. Mai von Ira Helfand, dem Co-Präsidenten der *Internationalen Ärzt:innen für die Verhütung des Atomkriegs*.

Der Zusammenschluss der amerikanischen Friedensinitiativen liegt also nicht ganz falsch, die Medien aufzufordern, den Tenor der Berichterstattung zu ändern und auch den Atomwaffenverbotsvertrag zu erwähnen, wenn sie über die Bedrohung durch Atomwaffen berichten.

► Viel Berichterstattung über das Falsche

Ralph Hutchison, Vorstandsmitglied von OREPA, sagte in einem Interview: „Alarmierend ist, dass es eine Wiederbelebung der Berichterstattung über Atomwaffen gab, kaum dass Wladimir Putin seine Drohung der Anwendung von Nuklearwaffen ausgesprochen hatte. In all diesen Berichten scheinen wir aber im Denken des Kalten Krieges gefangen zu sein, das ignoriert, dass es eine Alternative zur gegenseitig zugesicherten Zerstörung gibt: den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen. Diese Alternative kommt in den Medien einfach nicht vor.“

Laut der Nachrichtendatenbank *Nexis* haben US-Zeitungen das Wort „Atomwaffen“ zwischen dem 24. Februar, als Putin begann, über deren möglichen Einsatz bei Russlands Invasion in der Ukraine zu sprechen, und dem 4. August genau 5243 Mal erwähnt. Nur in 43 Fällen wurde dabei auch der AVV erwähnt – und die große Mehrheit der Nennungen fand zudem in Leserbriefen oder Kommentaren statt.

Das alles geschieht vor dem Hintergrund, dass das *Bulletin of Atomic Scientists* im Jahr 2020 die „Doomsday Clock“, also die Weltuntergangs-Uhr, auf 100 Sekunden vor Mitternacht eingestellt hat, wo sie bis heute geblieben ist. Der auch als „Atomkriegs-Uhr“ bezeichnete Anzeiger definiert Mitternacht als „nukleare Vernichtung“. Seit ihrer Einführung im Jahr 1947 war die Welt der Apokalypse nie so nah.

„Lasst uns diese Waffen eliminieren, bevor sie uns eliminieren“, sagte UN-Generalsekretär Antonio Guterres beim Abschluss einer „Politischen Erklärung und eines Aktionsplans“ zur Umset-

zung des AAV im Juni letzten Jahres. Dies seien „wichtige Schritte in Richtung unseres gemeinsamen Ziels einer atomwaffenfreien Welt“.

Und er fuhr fort: „Heute verflüchtigen sich die erschreckenden Lehren aus Hiroshima und Nagasaki aus der Erinnerung. Die einst undenkbbare Aussicht auf einen nuklearen Konflikt ist nun wieder im Bereich des Möglichen. In einer Welt voller geopolitischer Spannungen und Misstrauen ist dies ein Rezept für die Vernichtung. Wir können nicht zulassen, dass die Nuklearwaffen im Einflussbereich einer Handvoll Staaten alles Leben auf unserem Planeten gefährden. Wir müssen aufhören, an die Tür des Jüngsten Gerichts zu klopfen. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist ein wichtiger Schritt in Richtung des gemeinsamen Strebens nach einer Welt ohne Atomwaffen.“

► Geist aus der Flasche

Doch kann der Atomgeist überhaupt wieder zurück in die Flasche? Alles, was Menschen getan haben, können andere rückgängig machen. Die Aussicht auf massive Verluste an Menschenleben durch nukleare Zerstörung ist dafür der beste aller Gründe. Und es gibt ja tatsächlich einen Präzedenzfall: das Verbot der chemischen Kriegsführung nach dem Ersten Weltkrieg, als die grausamen Auswirkungen der Kampfstoffe auf schreckliche Weise demonstriert wurden und 90 000 Menschen das Leben kosteten. Das Genfer Protokoll von 1925 und die Chemiewaffenkonvention von 1933 ächteten die chemische Kriegsführung, und das Verbot hat sich seither weitgehend bewährt.

„Eine Welt ohne Atomwaffen ist möglich und notwendig“, sagte Papst Franziskus bei einem Besuch in Nagasaki im Jahr 2019. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist das beste Werkzeug zur Erreichung des Ziels, das wir momentan haben.

Quellen
www.fair.org (Erstveröffentlichung)
www.nuclearbantreaty.org
Oak Ridge Environmental Peace Alliance
Federation of American Scientists
UN Press



Zum 22. Januar – anlässlich des zweiten Jahrestages des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags – hat das Netzwerk Friedenskooperative eine öffentlichkeitswirksame Plakataktion ins Leben gerufen. Dutzende Motive weisen in Berlin auf die existentielle Bedrohung durch Atomwaffen hin und fordern den sofortigen Beitritt Deutschlands zum AVV.

3409 x Eintritt frei in Hamburg

Ab 1. März zehn Tage Kultur für alle: 60 Autor:innen und Künstler:innen gestalten das Jubiläumsprogramm des Literaturfestivals Lesen ohne Atomstrom.



„Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden“ – mit diesem Zitat Hermann Hesses ist die zehnte Ausgabe von Hamburgs unabhängigem Literaturfestival „Lesen ohne Atomstrom“ überschrieben. Die Zeile skizziert treffend die Historie der „Erneuerbaren Lesetage“: Inspiriert vom seinerzeit an der Elbe etablierten Greenwashing-Event „Vattenfall-Lesetage“ starteten 2011 Aktivist:innen gemeinsam mit Schriftsteller:innen das nichtkommerzielle Literaturfest. Hunderte Autor:innen und Künstler:innen aus aller Welt machten mobil – was den Atomkonzern Vattenfall, seinen Medienpartner NDR und Hamburgs Landesregierung schließlich bewog, ihren Kulturmisbrauch aufzugeben.

► Kulturstars gratulieren mit exklusiven Programmen

Vom 1. bis 10. März feiert „Lesen ohne Atomstrom“ Jubiläum. 3409 Gratisplätze stehen bereit, wenn mehr als 60 Autor:innen und Künstler:innen die Bühnen der Stadt bespielen. Keine der Veranstaltungen kostet Eintritt. Mit dabei sind Leinwandstars wie Katja Riemann, Walter Sittler und Sebastian Bezzel und Best-

seller-Autor:innen wie Simone Buchholz, Mojib Latif und Tobias Schlegel. Auch Palermos Anti-Mafia-Legende Leoluca Orlando oder der russische Träger des Alternativen Nobelpreises, Wladimir Slivjak, werden erwartet.

Musiker:innen um Konstantin Wecker, Sarah Straub und Abi Walenstein sorgen für nachdenkliche Klänge, Kabarettist:innen wie Alma Hoppe, Henning Venske und Urban Priol lassen dem Publikum das Lachen im Halse stecken.

Viele Programme sind eigens für das „Lesen ohne Atomstrom“-Jubiläum arrangiert, wenn ein einzigartiges Ensemble Dürrenmatts „Physiker“ präsentiert oder Johann von Bülow und Walter Sittler unter der Regie von Barbara Auer die „Weltgeschichte der Lüge“ in Erinnerung an die Festival-Mitbegründer Dieter Hildebrandt und Roger Willemsen neu gestalten.

► Prolog der Udo Lindenberg Stiftung am 17. Februar

Schon rund zwei Wochen vor Beginn des Literaturfestivals präsentiert die Stiftung des Hamburger Ehrenbürgers Udo Lindenberg das Jubiläumsprogramm von „Lesen ohne Atomstrom“ am 17. Februar – mit einer Werkschau Hermann Hesses. Dargeboten



Frank Otto
Mitbegründer von
Lesen ohne Atomstrom

„Gerade wo die Atomlobby in Deutschland jetzt ihre Renaissance zu organisieren versucht, gilt es konsequent dagegen zu halten.“

von Sebastian Krumbiegel, dem Schweizer Synchronstar Ernst Süss, der Direktorin des Hesse-Museums Montagnola Regina Bucher, dem in Italien angeklagten Kapitän Dariush Beigui und special guests.

Dafür stellt das „Schmidtchen“-Theater sein Haus zur Verfügung. Mietfrei, wie alle Bühnen: von der Fabrik, Alma Hoppes Lustspielhaus, den Zeise-Kinos und dem Stavenhagenhaus über das FC St. Pauli-Museum im Millerntorstadion und das Centralkomitee bis zum St. Pauli Theater.

► Epilog von Japans Ex-Premier

Nach dem Finale am 10. März unter dem Titel „Don’t nuke the climate!“ meldet sich am Jahrestag des Fukushima-GAU Japans ehemaliger Regierungschef Naoto Kan aus Tokio zu Wort: mit der Videobotschaft „No nukes!“

Lesen ohne Atom- strom

10.
Erneuerbare
Lesetage
Das Jubiläum

1.—10. März 2023
→ Eintritt frei

17.02. 19:30
Schmidtchen

**Der Prolog: Die Udo Lindenberg Stiftung
präsentiert das Jubiläumsprogramm**
Eine Hermann-Hesse-Werkschau mit special guests

01.03. 19:30
Schmidtchen

»Der Inhalt der Physik geht die Physiker an, die Auswirkung
alle Menschen.« – Friedrich Dürrenmatts »Die Physiker«
Melika Foroutan, Lisa Bitter, Michael Rotschopf, Bernhard Schütz,
Joachim Witt, Ulrich Noethen

02.03. 19:30
Schmidt
Theater

»Es gibt kein Recht auf Gehorsam.«
Konstantin Wecker, Jo Barnikel, Sarah Straub

03.03. 19:30
Fabrik

»Hör' auf mit dem Scheiß.« – Elke Heidenreichs »Alte Liebe«
Mariele Millowitsch, Walter Sittler

04.03. 19:30
St. Pauli
Theater

»Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort!« –
In Erinnerung an Roger Willemssen & Dieter Hildebrandt
Johann von Bülow, Walter Sittler

05.03. 11:30
Stavenhagen-
haus

»Lux« – Thomas Harlans deutsches Gräuelmärchen
Bibiana Beglau, Johanna Christine Gehlen, Sebastian Bezzel,
Oliver von Wrochem, Michael Farin, Andreas Blechschmidt, Feridun Zaimoglu

06.03. 19:30
Alma Hoppes
Lustspielhaus

»War was?!«
Lisa Politt, Titanic BoyGroup (Oliver Maria Schmitt, Thomas Gsell, Martin Sonneborn),
Henning Venske, Alma Hoppe (Nils Loenicker, Jan-Peter Petersen), Urban Priol

07.03. 19:30
FC St. Pauli-
Museum

»Du bist nicht allein.« – Konzertantes Kino gegen den Strom
Sobo Swobodnik, Thomas Walter, Mal Élevé

08.03. 19:30
Schmidtchen

»Alles, was ich sehen konnte, waren Wellen.« –
Ein Abend zum Abhauen und Ankommen
Simone Buchholz, Tobias Schlegel

09.03. 16:15
Zeise-Kinos

»Sahara Salaam« – Die Anmut der Wüste
Wolf Gaudlitz

09.03. 19:30
Fabrik

»Europa wird sich vor der Geschichte verantworten müssen.«
Katja Riemann, Donatella Di Cesare, Giusi Nicolini, Leoluca Orlando, Georg Restle

10.03. 19:30
Centralkomitee

»Don't nuke the climate!« – Der Generationenappell
Mojib Latif, Wladimir Sliwjak, Dagmar Reemtsma, Carla Reemtsma, Henning Venske,
Hanna Poddig, Wolfgang Ehmke, Eva Stegen, Detlef zum Winkel, Frank Schweikert,
Boris Herrmann, Abi Wallenstein & Friends

11.03. 06:46
lesen-ohne-
atomstrom.de

**Der Epilog: »No Nukes!« –
Videoansprache am Jahrestag des Fukushima-GAU**
Naoto Kan, Premierminister Japan a. D.

Einlass eine halbe Stunde vor Vorstellungsbeginn. First come, first serve. → lesen-ohne-atomstrom.de



Ministerin aus dem Wendland

Miriam Staudte ist die erste Landesministerin aus dem Wendland! Und sie ist nicht nur Mitglied der Grünen, sondern auch der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Anfang November wurde sie niedersächsische Landwirtschaftsministerin im Kabinett von SPD-Ministerpräsident Stefan Weil. Das Interview führte Andreas Conradt.

▷ Du warst lange Zeit atompolitische Sprecherin der Grünen im niedersächsischen Landtag und schon deshalb – aber auch weil Du BI-Mitglied bist – häufig Teilnehmerin an Veranstaltungen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Welche ihrer Aktivitäten wirst Du künftig noch begleiten?

Miriam Staudte: Ich werde die Interessen der BI natürlich weiter aus tiefer Überzeugung unterstützen. Als neue Landwirtschaftsministerin bin ich natürlich noch viel mehr als früher im gesamten Bundesland unterwegs und bin in der Regel mindestens Montag bis

Freitag durchgängig in Hannover. Ich kann daher nicht so oft wie bisher an Präsenzterminen teilnehmen, aber der direkte Kontakt ins Kabinett insbesondere zum Umweltminister bringt der BI vermutlich mehr als die persönliche Anwesenheit. Ich werde aber auch mit dem Landesverband für eine regionale Vertretung in Lüchow-Dannenberg sorgen, das habe ich bereits vereinbart.

▷ Wie unterscheidet sich die Arbeit der neuen Ministerin Miriam Staudte von der bisherigen auf Umwelt-Themen fokussierten Landtagsabgeordneten?

Staudte: Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft gehören eng zusammen. Die letzten fünf Jahre war ich nicht nur atompolitische Sprecherin meiner Fraktion, sondern auch agrar- und tierschutzpolitische Sprecherin. Ich war also nicht nur auf Umwelt fokussiert. Daher habe ich mich schon in der letzten Legislaturperiode viel mit der notwendigen Transformation der Landwirtschaft hin zu einer das Klima schonenden und umweltverträglichen Agrarpolitik beschäftigt. Das Themenspektrum, das ich nun als Ministerin bearbeiten darf, ist aber noch viel breiter gefasst. In meiner Zuständigkeit liegen auch die wichtigen Themen Ernährung, Verbraucherschutz und Raumplanung. Der große Unterschied gegenüber den letzten fünf Jahren Opposition liegt vor allem darin, dass ich nun als Teil der Regierung aktiv mitgestalten kann, wenn es darum geht, die Landwirtschaft so aufzustellen, dass sie enkeltauglich wird und zugleich Betriebe eine ökonomische Zukunft sehen.

▷ CDU-Mann Uwe Dorendorf hat das Direktmandat für den Wahlkreis Elbe gewonnen, Du hast das Landwirtschaftsministerium übernommen. In welchem Umfang kannst Du auch außerhalb Deines Ressorts noch für die Belange des Wendlands eintreten?

Staudte: Mein Tag beginnt auch weiterhin mit der Lektüre der EJZ. Aber als Landesministerin bin ich natürlich in meiner Fachzuständigkeit den Belangen des gesamten Bundeslands verpflichtet. Aber ich sehe, dass in Nordostniedersachsen vor dem Hintergrund des Klimawandels besonders große Herausforderungen für Land-

wirtschaft und unsere Wälder existieren. Deswegen denke ich, dass es sehr passt, dass die erste Ministerin des Wendlands für Land- und Forstwirtschaft zuständig ist. Außerdem wird mir jeden Abend am Telefon von zu Hause das Neuste aus dem Wendland berichtet.

▷ Maßnahmen gegen Klimawandel und Artensterben verlangen auch und gerade den Bauern viel ab. Auf welche Weise verändert soll die niedersächsische Landwirtschaft dastehen, wenn sich die aktuelle Legislaturperiode 2027 zu Ende neigt?

Staudte: Die Herausforderungen für Landwirt*innen sind groß, egal ob es um Tierhaltung oder den Ackerbau geht. Wir brauchen mehr Ökolandbau und dürfen auch um schwierige Themen wie Wiedervernässung von Mooren keinen Bogen machen. Der Strukturwandel wird in fünf Jahren natürlich nicht abschließend zu stoppen sein. Aber wenn im Jahr 2027 wieder vermehrt junge Menschen Lust auf einen landwirtschaftlichen Beruf haben, weil wir Perspektiven abseits ständigen Preisdrucks und sich immer wieder verändernder Förderkulissen aufzeigen konnten, dann hätte ich viel erreicht. Ich will dafür sorgen, dass Landwirtschaft Zukunft hat und als Berufsfeld endlich wieder mehr Wertschätzung erfährt. Das geht aber nur, wenn man auch die Probleme angeht und nicht nur versucht das Image aufzupolieren.

▷ Die Energiewende bietet landwirtschaftlichen Betrieben als Bereitstellern von Flächen für Windkraft- und Solaranlagen gro-

ße Chancen. Es gibt aber auch Befürchtungen, dass einzelne Unternehmer:innen reich werden und dem Rest der Bevölkerung nur die ästhetische Zumutung bleibt. Welche Ideen gibt es, auch bei der dringend erforderlichen beschleunigten Energiewende solche Konflikte zu vermeiden?

Staudte: Die Energiewende soll grundsätzlich allen Menschen Vorteile bieten: Günstige Preise, Versorgungssicherheit und gerne auch die Möglichkeit, damit Geld zu verdienen. Ich finde es etwas verwunderlich, dass die Debatte ums Geld schnell aufkommt, wenn man die Personen kennt, die verdienen. Wenn das gleiche Geld ins Ausland fließt, um fossile Energien zu bezahlen, hat keiner ein Störgefühl. Ziel muss sein, möglichst viel Wertschöpfung vor Ort zu behalten. Daher sollten natürlich Bürgerbeteiligungen für solche Anlagen zum Standard werden. Auch ist es gut, wenn die Gemeindekassen noch stärker als bisher möglich davon profitieren. Jeder Mensch, der auf ein Windrad schaut, hat den Vorteil, dass etwas für den Klimaschutz getan wird. Und das ist unser größtes Problem. Wir befinden uns real auf dem 4-6 Grad-Pfad. Ich mag mir nicht vorstellen, was das für unsere Welt und auch die Stabilität der Demokratie bedeutet.

▷ Wie viele und welche Atomkraftwerke werden heute in einem Jahr in Deutschland laufen?

Staudte: Dann gebe ich mal die zweckoptimistische Antwort: Keins.

Das Wunder von Gorleben

Ein neues Buch von Wolfgang Ehmke



Wer die Atomanlagen in Gorleben besucht, reibt sich verwundert die Augen. Mitten im Wald auf einer Lichtung liegt ein Schiff: Die Beluga. Es ist wahrhaftig das Greenpeace-Schiff, das jahrzehntelang gegen die Atomenergie im Einsatz war. Die Beluga schipperte durch den Ärmelkanal und die Irische See, um dort vor den Plutoniumfabriken Cap de La Hague und Sellafield Proben zu nehmen oder gegen die ungelöste Atom-müllproblematik zu protestieren. Als die Beluga in die Jahre kam, wurde sie in sechs Teile zerlegt und 2013 auf Tiefladern an ihren letzten Liegeplatz im Gorlebener Tann verfrachtet. Das ist von einer wunderbaren Symbolkraft: Die Atom-müllpolitik ist dort gestrandet.

Das brauchte seine Zeit. Man muss weit zurückblicken, bis ins Jahr 1977. Der 22. Februar 1977 hat das Wendland umgekrempelt. Damals deutete Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) auf das Elbdorf Gorleben, dort sollte ein gigantisches „Nukleares Entsorgungszentrum“ gebaut werden. Das NEZ war das Rückgrat für die Ausbaupläne der Atomwirtschaft, mit einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), einer Brennelementefabrik, oberirdischen Pufferlagern und einer Verpackungsstation, einer Konditionierungsanlage für die Endlagerung des Nuklearmülls im Salzstock darunter. Ab sofort war alles anders im CDU-dominierten Landstrich, hart an der Grenze zur DDR. Statt der erhofften staatlichen Zustimmung wuchs der Widerstand gegen diese Pläne.

Bereits zehn Jahre nach der Benennung Gorlebens als Standort für das NEZ würdigte der Zukunftsforscher Robert Jungk in seinem Beitrag für das Buch Zwischenschritte – einer Collage von Leserbriefen, Sachbeiträgen und Interviews – die Erfolge des Gorle-

ben-Protests. „Das, was in diesen zehn Jahren geschah, war nicht nur Regional-, sondern Weltgeschichte“, schwärmte Jungk.

Was war geschehen? Unter dem Eindruck der ersten Protestwelle, die im März 1979 in den berühmten Hannover-Treck mündete, ruderte Albrecht zurück und verkündete, eine WAA sei technisch zwar machbar, politisch aber nicht durchsetzbar. Jungk beschrieb das so: „Als Albrecht eingestehen musste, dass er eine Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen nur mit Gewalt durchsetzen könne und daher darauf verzichten wolle, gab er vorübergehend einer Eingebung der Vernunft nach (...). Seither kommt nun vor allem das Erlebnis von Tschernobyl hinzu, um die Betreiber noch mehr zu verunsichern. Sie waren die Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden und hatten daran geglaubt, dass sich ein ernsthafter Atomunfall nur alle paar Tausend Jahre ereignen könne.“ Da ist alles gesagt. Doch was wäre geschehen, wenn die WAA mit einem Jahresdurchsatz von 1400 Tonnen Schwermetall trotz des Widerstands in der Region dennoch gebaut worden wäre? Eine solche Anlage hätte die Versorgung von rund 50 Atomkraftwerken abgedeckt. Die BRD wäre dem Nachbarland Frankreich gleich ein Nuklearland geworden. Hätte man sich dann vorstellen können, dass Jahrzehnte später, nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima-Daiichi, ein Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg energiepolitisch möglich gewesen wäre?

Wyhl, Brokdorf, Kalkar, Grohnde, Wackersdorf – Erfolge und Niederlagen der Anti-Atom-Bewegung wechselten einander ab, lagen nah beieinander. Gorleben nimmt in dieser Kette keine Sonderrolle, aber eine besondere Rolle ein. Spätestens ab dem Zeit-

punkt, wo Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben rollten, mutierte das Wendland zu dem politischen und sozialen Ort, an dem das Ende der Atomkraft, aber auch das Aus für den angezählten Salzstock Gorleben als Endlager auf der Straße und der Schiene ausgehandelt wurde. Immer wieder!

Gebaut wurde auch in Gorleben einiges: das Zwischenlager für den hochradioaktiven Müll, eine Lagerhalle für schwach- und mittelaktive Abfälle, eine Atom-müllverpackungsanlage mit dem sperrigen Namen Pilot-Konditionierungsanlage. Die PKA. Ein Bergwerk wurde aufgefahren, im Salzstock.

Die Reaktorkatastrophe in Fukushima Daiichi sorgte schließlich für die Kehrtwende. Der Schalter für das Aus der Atomkraft wurde umgelegt.

Das Wunder von Gorleben dauerte lange, doch es kam. Am 30. September 2020 wurde der Salzstock in einem neu aufgelegten, vergleichenden Suchverfahren aussortiert. Gleich im ersten Schritt. Das Bergwerk soll in den nächsten Jahren mit dem im Wald aufgehaldeten Salz wieder verfüllt werden. Die PKA auf dem Zwischenlagergelände ist veraltet und funktionslos, sie soll abgerissen werden.

Am 3. Juni 2022 wurden die Erfolge an den Atomanlagen gefeiert. Welchen immensen Anteil der Gorleben-Widerstand am Atom-ausstieg hat, schwang nur leise mit. Klar ist, der Müll bleibt, das Zwischenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle und die Castorhalle mit den 113 Behältern. Das Zeug bleibt, bis ein Endlager gefunden ist, und das kann noch sehr lange dauern. Das gilt auch für die vielen anderen Zwischenlagerstandorte. Eine Zeitbombe. Das Wendland ist sogar bei der Endlagersuche mit vier Ton-

gebieten noch dabei. Auch die Auseinandersetzung um die alten Atommüllstandorte, die Asse II, Morsleben und die geplante Inbetriebnahme des Schacht KONRAD bei Salzgitter als Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle ist noch gar nicht entschieden.

Wer nein sagt, muss auch ja sagen können. Im Schatten des Gorlebenkonflikts schritten Energiepioniere zur Tat. Ihre Handlungsmaxime steckt im Aufruf „Gorleben soll leben“ aus dem Jahr 1977. Hinter dem Text stand ein Traum: das Wendland könne als Gegenentwurf zu den atomaren Plänen eine Modellregion für Alternativbetriebe werden. Auf der Agenda standen Energiegenossenschaften in kleinen, überschaubaren Einheiten. Es ging um Biogas, die Nutzung von Müll und Abwärme. Landwirtschaftliche Betriebe sollten auf den biologischen Landbau umstellen. Der Aufruf zielte aber auch auf das Soziale, das Zusammenleben ab. Er war up-to-date und zugleich visionär. Das alles nahm Schritt für Schritt Gestalt an und die Impulse aus dem Wendland zu einer Energiewende wurden gar nicht recht wahrgenommen, aber sie sind beträchtlich. Auch das gehört zum Wunder von Gorleben.

Das Atomzeitalter in Deutschland umfasst mehr als ein halbes Jahrhundert. 1962 ging das erste AKW in Kahl ans Netz. Ein kleiner Reaktor, mit 15 Megawatt (MW) elektrischer Leistung, er war der erste, der allein der Stromproduktion diente.

„Atomkraft aus!“ kommt ein halbes Jahrhundert später, ohne dass das Licht ausgeht. Stattdessen drehen sich Windräder und sammeln Kollektoren das Sonnenlicht ein.

Generationen ging nämlich ein Licht an, sie ließen sich von staatlichen und wirtschaftlichen Versprechungen nicht blenden. Sie widerstanden der Propaganda der Atomindustrie und staatlicher Repression, sie wehrten sich auf der Straße und auf der Schiene, in Gerichtssälen, zu Wasser, in luftigen Höhen gegen das Restrisiko, das ihnen bei einem schweren atomaren Störfall den Rest gegeben und weite Teile Europas unbewohnbar gemacht hätte. Radioaktive Strahlung kennt bekanntlich keine Grenzen. Drei

Ausnahmen vom Atomausstieg in Deutschland bleiben. Vorerst werden die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau unbefristet weiterlaufen. Die dritte ärgerliche Ausnahme ist der Weiterbetrieb des Forschungsreaktors in Garching bei München, bei dem hoch angereichertes, waffentaugliches Uran zum Einsatz kommt. Die Brennelementefabrik in Lingen versorgt weltweit Atomkraftwerke mit Brennstoff. Die Auslastung ist rückläufig, ein Joint-Venture mit dem russischen Konzern Rosatom sollte die Anlage am Leben halten, ist aber in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine geplatzt.

Der Jahresdurchsatz der Gronauer Fabrik reicht zur Versorgung von etwa 35 Atomkraftwerken und deckt zehn Prozent des Weltmarktanteils für angereichertes Uran. Mit jeder Tonne angereichertem Uranhexafluorid entstehen außerdem etwa sechs Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid, also weiterer Atommüll.

Gronau steht auch für ein zivil-militärisches Know-how: Hochangereichertes Uran ist waffenfähig, abgereichertes Uran wird für schmutzige, panzerbrechende Atomwaffen genutzt.

Was bleibt ist die Ungewissheit, ob für die dreckigen Hinterlassenschaften dieser Ära, ob für die Lagerung des Atommülls bestmögliche Lösungen gefunden werden. Das kurze Atomzeitalter wirkt nach. Das Zeug muss für eine Million Jahre von der Biosphäre abgeschirmt werden. Ungewiss bleibt, ob die Lektionen nachhaltig gelernt wurden, ob mit Blick auf die Klimakatastrophe auch weltweit die Einsicht reift, dass die weitere Nutzung der Atomkraft keine Lösung ist. Ungewiss bleibt auch, ob und wie die Nachrichten an eine ferne Zukunft, die Warnungen vor den Orten, an denen Atommüll verbuddelt wird, an 30 000 Generationen weitergegeben werden können.

Drei Generationen haben sich gewehrt. Am Ende äußerst erfolgreich. Ihr Slogan: „Atomkraft – nein danke!“ Doch wer genau hinschaut, der sieht, von nichts kam nichts. Ohne die parteienunabhängige Arbeit von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, ohne ehrenamtliches Engagement wäre der Kampf nicht gewonnen. Der Atomausstieg war, ist und bleibt Handarbeit!



Das Wunder von Gorleben

Der Beitrag des Wendlands zur Energiewende

Was wäre geschehen, wenn Ende der 70er Jahre die WAA in Gorleben trotz des Widerstands in der Region dennoch gebaut worden wäre? Deutschland wäre wie Frankreich ein „Nuklearland“ geworden. Hätte man sich dann vorstellen können, dass Jahrzehnte später, nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima Daiichi, der Atomausstieg energiepolitisch möglich gewesen wäre? Das neue Buch von Wolfgang Ehmke beleuchtet den Beitrag des Wendlands zur Energiewende und die „besondere Rolle“ von Gorleben in der Auseinandersetzung um die Atomkraft.

Wolfgang Ehmke
Das Wunder von Gorleben
Köhring-Verlag

ISBN: 978-3-926322-70-8
9,80 €

Das Buch ist im Büro der BI Lüchow-Dannenberg erhältlich oder kann dort online bestellt werden.

NiX is' „raus“ in Gorleben!



Formulieren wir allzu voreilig, wenn wir davon sprechen, Gorleben sei „raus“ aus dem Endlagersuchverfahren? Kann es passieren, dass Gorleben auch wieder „rein“ kommt? Dass alles „von vorne“ beginnt? Einige Atomkraftgegner:innen in Lüchow-Dannenberg befürchten genau das. Einer von ihnen ist Andreas Panzlau aus dem wendländischen Lübbow. Er hat nun einen flammenden Appell verfasst.

1. Januar 2023. 13 Uhr. 14 Menschen von zwei bis über 80 Jahren gehen die 2,6 Kilometer lange Strecke ums abgesagte Endlagerprojekt Gorleben. Es ist der 687. Spaziergang in Folge – ohne Unterbrechung, immer sonntags, immer linksherum, seit 2009. Damals war der von CDU und FDP veranlasste Ausstieg aus dem Ausstieg der Anlass.

► Schon wieder ein Ausstieg aus dem Ausstieg?

Jetzt ist es fast schon wieder soweit: CDU und FDP trommeln erneut für eine Laufzeitverlängerung der AKW. Und inzwischen ist auch klar: Ein neuer Endlagerstandort wird auch 2031 noch nicht benannt werden. Wir gehen darum weiter regelmäßig um das ehemalige sogenannte Erkundungsbergwerk – bis zur endgültigen Verfüllung des 900 Meter tiefen Bergwerks mit seinen sieben Kilometern Stollen. Wir schauen den Betreibern weiter auf die Finger, denn die Stollen könnten so verfüllt werden, dass sie leicht zu aktivieren sind. Das wäre billiger als ein Neubau.

Und auch sonst ist Gorleben nicht

„raus“: 113 Castoren gammeln vor sich hin und kein Bürokrat weiß, wie es in ihnen aussieht. Zurzeit stehen 1300 Behälter für hochradioaktiven Atommüll an 16 Stellen im Land, meist aktive oder ehemalige AKW-Standorte. Es werden mal 1900 sein. Nach dem heißen Betrieb der AKW bleiben an sechs Standorten auch noch die Abklingbecken mit strahlenden Brennelementen.

16 Standorte mit Atommüllbehältern, jeder mit einem individuellen Risiko, je nach Zustand und Zusammensetzung der ehemaligen Brennelemente.

16 luftige Betonhallen, die meisten davon mit regem Verkehr von Großraumflugzeugen darüber. Zu erwartende Lagerzeit: bis über das Jahr 2100 hinaus.

► Neue Generation gesucht!

Mit dem Abschalten der letzten drei AKW beginnt die schwerste und längste Zeit für die Anti-Atom-Bewegung! Darum: Es braucht eine dritte Generation von Aktivist:innen – für Datensammlung, Datensicherung und die Aufklärung von Missständen, besonders an den 16 Standorten.

Sonntagsspaziergang
jeden Sonntag, 13 Uhr
Atomanlagen Gorleben
Kontakt. castorxwatch@web.de
Daten zu den 16 Castorlagern:
www.atommuellreport.de

Adieu 2022 AKW nee 2023

Auch für den Neujahrstag 2023 hatte die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zum traditionellen Neujahrsempfang am sogenannten Beluga-Dreieck an den Atomanlagen in Gorleben eingeladen.

1. Januar 2023. 14 Uhr. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) hält ihren traditionellen Neujahrsempfang ab. Am Greenpeace-Schiff Beluga in Sichtweite der Atomanlagen. Dutzende Atomkraftgegner:innen protestieren gemeinsam für den Atomausstieg, der doch eigentlich genau heute hätte vollzogen sein sollen. „Wir waren davon ausgegangen, auf das Ende der Atomkraft anstoßen zu können, das ist nun – nach der Laufzeitverlängerung der letzten drei Atommeiler bis zum 15. April – auf das Wochenende nach Ostern verschoben“, sagt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Doch die BI geht auch davon aus, dass es in diesem Jahr noch einmal turbulent zugeht: „CDU und AfD lassen keine Gelegenheit aus, für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu plädieren, von der FDP liest man, dass ihr Verkehrsminister Volker Wissing die Elektromobilität mit Atomstrom wuppen möchte, und ihr Vorsitzender, Finanzminister Christian Lindner, hatte bereits ein Tempolimit auf den Bundesautobahnen ins Spiel gebracht – im Tausch für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Da sehen wir uns gefordert, uns argumentativ und demonstrativ ins Spiel zu bringen.“



Ziviler Ungehorsam schaltet Atomkraft **AUS!**

Nach dem GAU in Fukushima wurde für dieses Jahr das Ende der Kernspalterei in Deutschland vereinbart. Das ist eine Zäsur: Undenkbar ohne Deutschlands Anti-Atom-Bewegung, die mehr als ein halbes Jahrhundert gekämpft hat – außerparlamentarisch, solidarisch, kreativ und konsequent. Zu ihrer Würdigung hat Hamburgs Literaturfestival *Lesen ohne Atomstrom* maßgebliche Aktivist:innen aus allen Generationen zusammengebracht. In einem neuen Buch reflektieren Wolfgang Ehmke, Hanna Poddig Carola Rackete, Wladimir Sliwjak, Eva Stegen, Henning Venske und Detlef zum Winkel die historische Bewegung.

Im vergangenen Jahrhundert beschrieb Margaret Mead so etwas wie eine anthropologische Konstante: „Zweifle nie daran, dass eine kleine Gruppe engagierter Menschen die Welt verändern kann – tatsächlich ist dies die einzige Art und Weise, in der die Welt jemals verändert wurde.“ Damit hat die Ethnologin keineswegs das wohl einflussreichste bürgerschaftliche Engagement im Nachkriegsdeutschland beschrieben – und es doch so treffend skizziert: Deutschlands außerparlamentarischer Anti-Atom-Bewegung ist es mit ihrem vielfältigen, konsequenten und kreativen Protest und Widerstand über mehr als ein halbes Jahrhundert gelungen, weite Teile der Gesellschaft hinter dem Slogan „Atomkraft? Nein danke“ zu versammeln.

Im „gemeinsamen Kampf gegen das nukleare Monster“, wie der russische Aktivist Wladimir Sliwjak es formuliert, der 2021 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde:

„Es ist eines der größten Übel der Welt. Fähig, den Planeten in den Abgrund zu reißen, die Menschheit auszulöschen. Ob als Bombe oder als Reaktor. Beides ist un-

trennbar miteinander verbunden. Und ein weltweit agierendes Netzwerk skrupelloser Lobbyist:innen ist bereit, mit diesem Risiko der Apokalypse zu spielen. Tag für Tag. Für Profit und Macht.

Doch wir – Millionen Aktivist:innen rund um den Erdball – haben bewiesen: Wir können ihnen Einhalt gebieten, Widerstand leisten. Dass wir gewinnen, ist nur eine Frage der Zeit.

Ich wurde in den frühen siebziger Jahren in der Sowjetunion geboren, wo es keine Diskussion über Atomkraft oder Atomwaffen gab. Das änderte sich 1986, als der Reaktor in Tschernobyl explodierte: Tausende Menschen machten sich sofort auf den Weg in die Unglückszone, um hochradioaktive Reaktorteile zu bergen und die Umgebung von Kernbrennstoff zu säubern. Soweit das möglich war. 100 000 Frauen und Männer wurden dafür mobilisiert, die „Liquidator:innen“. Nur wenige von ihnen sind noch am Leben. Sie wurden getäuscht über die Gefahren, wir alle wurden hinter Licht geführt.

Doch Tschernobyl änderte etwas: Nicht bei den Regierenden, aber bei den Menschen. Viele wurden aktiv, selbst in der autokra-

tischen Sowjetunion. Die Regierung konnte nicht verhindern, dass im ganzen Land viele Menschen auf die Straße gingen. Wir wurden eine Massenbewegung. Nicht zuletzt die Anti-Atom-Proteste gaben auch den Anstoß für die emanzipatorischen Bewegungen, die schließlich zum Zerfall der Sowjetunion führten.

Der Kampf gegen die zivilisatorische Herausforderung der Atomkraft ist eine Lebensentscheidung. Von mir und so unendlich vielen entschlossenen Mitstreiter:innen. Wir brauchen einen langen Atem, ganz viel Ausdauer, Beharrlichkeit und Konsequenz. Das beste Beispiel dafür ist der Kampf gegen das, was in Gorleben einst geplant war – Deutschlands Nuklearzentrum. Heute unvorstellbar. Nach einem Kampf so unendlich vieler mutiger Menschen, der bald ein halbes Jahrhundert gedauert hat. Um schließlich zu siegen.

Ebenso die Abschaltung der deutschen Atommeiler. Das wird jetzt in wenigen Wochen nur möglich, weil es diese außerordentliche außerparlamentarische Bewegung in Deutschland gibt. Es ist das Engagement der Vielen, deren Namen keiner kennt – und die, jede und jeder einzelne, doch so unverzicht-

bar wichtig für den Erfolg waren.“ „Fortschrittsfeindlich“, „Maschinenstürmer“, „immer nur dagegen“ – den Anti-Atom-Aktivist:innen wird seit den Anfängen ihres Engagements gegen die Stromproduktion aus Kernspaltung Rückständigkeit und Blockade attestiert. Zu Unrecht: Die Anti-Atom-Bewegung ist mehr als ein halbes Jahrhundert untrennbar mit dem Eintreten für technische und gesellschaftliche Innovationen verbunden. Für die Erneuerbaren Energien, für eine nachhaltige Wirtschaftsweise, für den Schutz von Klima und Ressourcen. Gerade auch im Anthropozän – diesem neuen Zeitalter, in dem „die Effekte des menschlichen Handelns auf die globale Umwelt eskaliert“ sind, so Chemie-Nobelpreisträger Paul. J. Crutzen, der den Begriff für unsere Epoche geprägt hat.

Schon 1977 wurde in Gorleben, dem Dorf, das sich Politik und Atomindustrie als Deutschlands „Nukleares Entsorgungszentrum“ auserkoren hatten, der Aufruf „Gorleben soll leben“ veröffentlicht und der legendären, von der dänischen Aktivistin Anne Lund kurz zuvor entworfenen Anti-Atom-Sonne ein weiteres Logo an die Seite gestellt: Der Lebensbaum. „Wiederaufforstung statt Wiederaufarbeitung“ lautete die Parole. Schon in den Anfängen der Massenbewegung gab es ihn: Den positiven Gegenentwurf. Gegen den nuklearen Irrweg.

Die richtige Richtung hatte der Club of Rome schon 1972 gewiesen, als er seine Untersuchung „Die Grenzen des Wachstums“ vorgestellt hat. Es war die erste große kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen und Folgen einer Wirtschaftsweise, die geradezu besessen die Logik des fortwährenden Wachstums anbetete, ungeachtet der Folgen für die Umwelt.

Die Befürworter:innen der Atomkraft verdrehen diese Warnungen schon damals zu ihren Gunsten: Behauptungen, Atomkraft sei nötig, um von fossiler Energie unabhängig zu werden, vor allem vom Öl, und das Klima zu retten, kann man leichten Herzens und frohen Mutes aufstellen bei rund einer Million Reingewinn am Tag, die ein abgeschriebener Meiler für die Betreiber:innen einspielt, weil die Gesellschaft die immensen Kosten und Risiken zu tragen hat.

Die Gegner:innen der Atomkraft hingegen dachten schon damals über Alternativen nach: Energie-Genossenschaften, Strom aus Wind und Sonne, Biogas, die Nutzung von Müll und Abwärme, Wärmepumpen, biologischer Landbau, sanfter Tourismus.

Für die Bewegung war stets die Allianz von Umwelt- und Friedensaktivist:innen charakteristisch.

Der Protest gegen Aufrüstung war gleichzeitig auch Widerstand gegen immer neue Atommeiler.

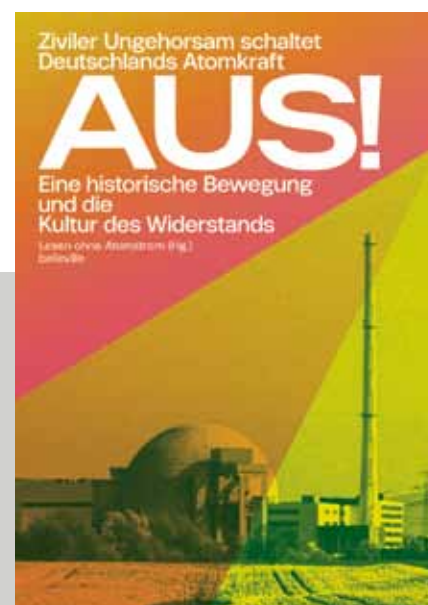
Da der Weg zum Stoff für die Bombe nur über die „zivile“ Nutzung führt, wird auch nachvollziehbar, warum Politiker:innen jeder Couleur in Deutschland den Bau von Atommeilern so energisch vorantrieben: Es ging ihnen darum, die technologische Infrastruktur für die Bombe lückenlos zu installieren.

Die Schlachten an den Atommeilern und um die Endlager-Standorte waren so auch immer Kämpfe gegen die militärische Nutzung der Atomkraft.

Der ehemalige SPD-Bundesminister für Forschung und Technologie Volker Hauff sagte herzerfrischend offen: „Wer bei der zivilen Nutzung der Atomkraft den Brennstoffkreislauf beherrscht, hat damit auch die Fähigkeit, die Bombe zu bauen. Es gibt in diesem Fall keine technische Trennung zwischen beiden Arten der Nutzung dieser Energien.“ Das „Offenhalten der militärischen Option“ sei in Deutschland, so der Ex-Minister, durch die zivile Nutzung der Atomkraft ermöglicht worden.

Und Hauff wird von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron noch vier Jahrzehnte später bestätigt: „Ohne zivile Atomenergie gibt es keine militärische Nutzung der Technologie – und ohne die militärische Nutzung gibt es auch keine zivile Atomenergie.“ Voilà! Die Absichten sind eindeutig. Und sie waren es immer.

Abseits der atomaren Apokalypse haben inzwischen viele Länder Angst vor den Katastrophen, mit denen sie der Klimawandel, angeheizt vom hemmungslosen Turbokapitalismus, absehbar schon morgen überfällt. Viel eher als prognostiziert. Einigen erschien die Klimapolitik der großen Industriestaaten mit ihren Weltklimagipfeln seit 1992 zunächst als Hoffnungsschimmer. Und die



AUS!

Eine historische Bewegung und die Kultur des Widerstands

Schluss! Deutschland steigt aus: Keine Bombe, keine Reaktoren.

Seit Gründung der Bundesrepublik regiert eine zu allem entschlossene Atom-Lobby aus Parteien, Industrie, Militär und Medien das Land. Nach dem GAU in Fukushima wurde das Ende der Kernspalterei vereinbart, für 2023.

Es ist eine Zäsur: Udenkbar ohne Deutschlands Anti-Atom-Bewegung. Die mehr als ein halbes Jahrhundert gekämpft hat – außerparlamentarisch, solidarisch, kreativ und konsequent. Massenhaft.

Höchste Zeit für eine Würdigung: Dafür hat Hamburgs Literaturfestival maßgebliche Aktivist:innen zusammengebracht, aus allen Generationen. Wolfgang Ehmke, Hanna Poddig, Carola Rackete, Wladimir Sliwjak, Eva Stegen, Henning Venske und Detlef zum Winkel reflektieren eine historische Bewegung. Und wissen: Der Kampf geht weiter.

Lesen ohne Atomstrom (Hg.)

AUS!

Verlag belle ville

ISBN: 978-3-946875-03-1

12,00 €

Das Buch ist im Büro der BI Lüchow-Dannenberg erhältlich oder kann dort online bestellt werden.



ziviler Ungehorsam 2010 im Wendland

Klimavereinbarungen von Paris, in denen 2015 festgeschrieben wurde, man werde die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad begrenzen, ließ den einen oder anderen etwas weniger pessimistisch in die Zukunft schauen. Aber das alles waren Veranstaltungen, an deren Beschlüsse sich allzu viele Staaten bis heute nicht halten, auch Deutschland nicht. Was eine globale Klimabewegung hat entstehen lassen.

Für die meisten dieser Protestgeneration sind die Kämpfe der Anti-Atom-Bewegung ein Kapitel aus dem Leben ihrer Eltern und Großeltern. Und doch sind sie einander eng verbunden: „In den Protestformen der Klimagerechtigkeitsbewegung zeigt sich das politische Erbe der Antiatombewegung“, schreibt Klimaaktivistin Carola Rackete.

Und so sagen es auch die Jungen immer wieder: Atomkraft ist ineffizient und teuer, gefährlich, ungesund und schmutzig.

Etwa 30 Tonnen hochradioaktive Abfälle produziert ein Reaktor in einem Jahr, die abgebrannten Brennelemente. In Deutschland geht das seit 1962 so. Etwa zwei Dutzend Atommeiler liefen über mehrere Jahrzehnte. Da kommt ganz schön etwas zusammen. Das Erbe des deutschen Atomzeitalters sind allein an die 1900 Behälter randvoll mit heftigst strahlendem Müll. Derzeit stehen sie mehr oder minder unbeachtet an verschiedenen Orten in der Republik herum, oft provisorisch an stillgelegten Atommeilern deponiert

oder in den untauglichen Behelfshallen von Gorleben und Ahaus, den sogenannten „Zwischenlagern“.

Im Inner Circle der deutschen Atomenthusiast:innen war es allzeit das beherrschende Thema: Wohin nur mit diesem äußerst unangenehmen Müll der Kernspalterei? Noch heute warten rund um den Planeten Millionen Tonnen Atom-müll darauf, für Jahrmillionen absolut sicher eingeschlossen zu werden. Denn die Halbwertszeit, in der die Aktivität eines Radionuklids durch Zerfall auf die Hälfte sinkt, beträgt bei Plutonium 24 000 Jahre, bei Neptunium zwei Millionen Jahre. Bei Jod-129 halbiert sich die Strahlungsintensität binnen zwölf Millionen Jahren. Die Folgen des mittels Kernspaltung erzeugten, angeblich so günstigen und sauberen Stroms, den gerade mal drei Generationen verbraucht haben, tragen die kommenden 30 000 Generationen: gesundheitlich wie finanziell. Während so im Sommer 2022 um die Nuklearanlagen von Saporischja die Granaten und Raketen einschlugen, zog Bayerns Ministerpräsident gerade mal 2100 Kilometer entfernt gelbe Gummischlappen über die Füße und setzte einen blauen Helm auf den Kopf. Das brauchte es offenbar zum Besuch eines deutschen Atommeilers, des Kraftwerks Isar2 in Niederbayern. Auf einer Brücke über den im Abklingbecken ruhenden Brennelementen zelebrierte Markus Söder mit seinem genauso kostümierten CDU-Pendant Friedrich Merz das letzte Aufbäumen für den Ausstieg aus dem „Atomausstieg“: „Technisch, personell und rechtlich“ sei es möglich, die deutschen Atommeiler weiter zu nutzen, wissen die zwei Experten.

Deutschlands Atomlobby trommelt seither auf allen Kanälen. Der Krieg ist ihre Chance. Wenn sich die Weltgemeinschaft um ein nukleares Inferno wegen zusammengeschossener Atommeiler an der EU-Außengrenze sorgt, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu einer Dringlichkeits-sitzung zusammenkommt – dann wirbt man doch flugs dafür, möglichst viele genau dieser Meiler am Laufen zu haben.

Einer reitet die Welle besonders enthusiastisch: Der Mann mit dem blauen Helm in Isar2, jener frühe-

re Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Bayerische Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat und heutige Ministerpräsident des Freistaates.

Bei diesem Markus Thomas Theodor Söder lohnt es sich, kurz zurückzuspulen, nach 2011. Damals, nach der Havarie des Atomkraftwerks in Fernost, zog er sich auch sogleich um – statt gelber Latschen legte er seinerzeit eine grüne Krawatte an, wochenlang. „Söder gibt sich seit dem Reaktorunfall von Fukushima grün bis zum Hals. Jeder soll wissen, wo Söder neuerdings steht“, beobachtete die „Süddeutsche Zeitung“. Der grüne Söder hatte 2011 gefordert, Deutschland müsse aus der Atomenergie aussteigen: „Japan ändert alles!“, donnerte er damals.

Und so wie er 2011 vom Atomlobbyisten zum Atomgegner mutierte, vollführte Herr Söder auch 2022 eine entschlossene Wende: Gegen die Atommeiler und ihren Weiterbetrieb gebe es gar keine Argumente.

Vorschläge, einem prognostizierten Energiemangel mittels Verzicht zu begegnen – durch Fahrverbote oder die Absenkung von Temperaturen, sozusagen „kalt duschen“, durch das Ausschalten der Beleuchtung in Amazon-Werkshallen oder an Werbetafeln, durch das Untersagen der Alpenbeschneung mit Schneekanonen?

Nein! Ausgeschlossen! Derlei Energieeinsparung sei „für ein Wirtschaftsland wie uns nicht machbar“.

Ausgerechnet in Zeiten des Klimawandels findet die Atomtechnologie finanzstarke und prominente Fürsprecher:innen in Wirtschaft, Politik und Medien – angeblich, weil diese Energie CO₂-arm und nachhaltig sei. Das ist sachlich falsch. Gelogen.

Der Betrieb von Atomanlagen verträgt sich schlicht nicht mit Erdbeben, Fluten, Stürmen, Vulkanausbrüchen, Hitze- oder Kältewellen, Waldbränden. Und schon gar nicht mit Krieg.

Wer Atomenergie als nachhaltig einstuft, wie es die EU tut, hat beides nicht verstanden: Die Nukleartechnik nicht. Und den Klimawandel auch nicht.



Edelgard Gräfer • 4. Januar 2023

Edelgard Gräfer ist gestorben. Eine klare Frau, die niemandem nach dem Munde redete, mit dem Herz am richtigen Fleck und tollen Ideen. Sie hatte ihren Platz im BI-Büro und war Anfang der 90er-Jahre in einer Doppelspitze zusammen mit Rosi Schoppe auch BI-Vorsitzende. Edelgard engagierte sich bei den Gorleben-Frauen, fuhr kreuz und quer durch die Republik an AKW-Standorte und prangerte die Firmenpolitik von Siemens und Co. an. Sie stellte sich quer gegen die Castortransporte und stritt für den Atomausstieg. Sie hatte dabei eine wunderbare Idee: Für Ältere, die nicht auf der Straße oder Schiene hocken wollten oder konnten, wurden Stühle besorgt und sie lud an der Castorverladestation in Dannenberg ein zur „Stuhlprobe“. Schon bei der Wahl des Aktionsangebotes musste man schmunzeln. Vom Verladekran ging es anschließend mit dem Fahrrad auf die Strecke zum Zwischenlager in Gorleben.

Edelgard hat auch den Sonntagsspaziergang in Gorleben mit ins Leben gerufen. Seit Oktober 2009 wurde und wird dort jeden Sonntag demonstriert. Das Aus des Endlagerbergwerks hat sie noch erlebt. Bis zum Rückbau der Anlage müssen wir nun sonntags ohne sie laufen.

Zum politischen Austausch und Klönen traf man sie bei Rosi zur Pizza. „Wie schön, dass ich gleich um die Ecke wohne“, sagte sie einmal. Sie konnte mit ihrer Lebensgefährtin Marga von Sallahn mit dem Fahrrad nach Mützingen mal eben rüber radeln.

Wir sind traurig und dankbar. Unsere Gedanken sind bei ihrer Familie.



Jetzt wird Rabattz gemacht

Ein Mitgliederladen in Lüchow möchte Menschen unabhängig von ihrem Einkommen mit gesunden Lebensmitteln versorgen. Wilma Wallat hat mit Yvo Antoni gesprochen.

Möglichst viele Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, mit bezahlbarer Biokost zu versorgen – das ist das Konzept des Lüchower Mitgliederladens in der Drawehner Straße.

Vorläufer war eine Initiative mit gleichlautendem Konzept, die mehrere Jahre einen Mitgliederladen in Krummasel betrieben hat. Immer größere Nachfrage an Mitgliedschaften und am Warenangebot sprachen für eine größere Fläche und zentralere Lage; der Laden zog 2020 um nach Lüchow. Die Idee, dass Menschen selbst darüber entscheiden, mit welchen Produkten sie sich versorgen wollen – Stichwort: Hilfe zur Selbsthilfe – und dass ihnen die Produktionsbedingungen der von ihnen gekauften Waren nicht egal sind, das verbindet alle Mitgliederläden.

Was bietet der Laden? Alle Waren des täglichen Bedarfs von regionalen Bio- und lokalen Kleinstbetrieben. Obst und Gemüse der Saison gibt es zweimal wöchentlich frisch. Was nicht regional produziert werden kann, bezieht *Rabattz* beim Bio-Großhandel. Das Warenangebot ist vielfältig, aber überschaubar: keine Entscheidungsprobleme, welche von zehn Joghurtsorten man nehmen soll! Ein Unverpackt-Bereich, der noch ausgebaut werden soll, bietet diverse Gewürze. Im Tiefkühlbereich überwiegt Vegetarisches, Fleisch ist in der Minderzahl.

Eine breite Palette von Getränken, auch Wein und Bier, ergänzt das Angebot.

Und wenn mal etwas gewünscht wird, das nicht im Sortiment ist,

dann gibt es die „Bestellecke“ für Kundenwünsche! Träger des Ladens ist der Verein *Rabattz Mitgliederladen Lüchow*.

Die Mitgliedsbeiträge der Fördermitglieder sind die Grundlage der Finanzierung aller laufender Kosten. Aktuell sind im Laden neben Yvo Antoni zwei Teilzeitkräfte und eine Minijobberin beschäftigt, die sich alle im Laden anfallenden Aufgaben teilen.

Je mehr Menschen Mitglieder werden, umso besser für die Finanzen: Das Warenangebot kann erweitert werden oder auch die Personaldecke und damit die Öffnungszeiten. Die sind täglich außer Mittwoch und Samstag von 10-18 Uhr.

Die Mitgliedsbeiträge sind gestaffelt: eine Person zahlt 20 Euro, eine weitere aus demselben Haushalt 15, die dritte 10 Euro, und für Kinder zahlt man 5 Euro, für ganz kleine gar nichts.

Der Vorteil einer Mitgliedschaft sind die Preise: Mitglieder zahlen die Großhandelspreise mit einem Aufschlag von 10 bis 15 Prozent. Auch Nichtmitglieder können hier einkaufen; sie zahlen die vom Hersteller empfohlenen, aber immer noch sehr günstigen Preise. Der Laden arbeitet nicht gewinnorientiert. Auch daher, so Yvo, sind neue Mitglieder, gewünscht, um vielleicht auch mal die ein oder andere nötige Reparatur finanzieren zu können.

Die Kunden des Mitgliederladens sind alters- und sozial-gemischt. Dass nicht nur Besserverdienende, sondern auch Menschen mit geringem Einkommen sich gesunde Nahrung und gesunde Waren

der täglichen Versorgung leisten können sollen, ist das Grundprinzip der Mitgliederläden. Yvo beschreibt die Atmosphäre im Laden als vertraut und familiär, gerade unter den Mitgliedern kennt man sich, es wird geduzt und der ein oder andere Kaffee am Tresen trägt auch zur guten Atmosphäre bei.

Mit den anderen Mitgliederläden im Wendland (es werden immer mehr!) tauschen die *Rabattz*-Kolleg:innen sich regelmäßig aus, über gemeinsame Flyer oder auch „ideologische“ Themen wie die Frage, ob man das Angebot von Südfrüchten wegen langer Trans-



portwege und dem hohen CO₂-Ausstoß beibehalten soll. Letztlich entscheidet das die Kundschaft: „Wenn keine Bananen mehr gewünscht sind“, sagt Yvo, „dann bieten wir keine mehr an“. Restwaren werden nicht weggeworfen, sondern an Kunden mit geringem Einkommen oder sozialer Einrichtungen wie die Flüchtlingshilfe verschenkt.

Rabattz war der erste Mitgliederladen im Wendland, inzwischen gibt es mindestens fünf! Diesen Trend sieht Yvo auch bundesweit; in Städten würde es für solche Läden Wartelisten für eine Mitgliedschaft geben. Und er glaubt, dass längerfristig auch die großen Anbieter dieses Konzept aufgrund der Vorteile für Stammkunden übernehmen werden.



Schon vor Baubeginn ist den Wendländern klar, was eine Atommüll-Deponie für ihre Region bedeuten würde. Von Tag eins an, als der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) am 22. Februar 1977 verkündet, in Gorleben würden ein Entsorgungslager und eine Wiederaufarbeitungsanlage für Atommüll gebaut, formiert sich die Protestbewegung. Zwei Wochen später gründet sich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., und am 12. März 1977 findet die erste Demo mit etwa 20 000 Demonstranten auf der Waldbrandfläche statt.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e.V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Lesen ohne Atom strom

Programm:
lesen-ohne-atomstrom.de

auf Hamburgs bekanntesten Bühnen

1.–10. März 2023
→ Eintritt frei

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname
Straße Hausnummer
PLZ, Ort E-Mail
Datum Unterschrift

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.